

No. 51405

—
**Austria
and
Republic of Moldova**

Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Moldova concerning mutual assistance in the event of natural or technological disasters and cooperation in their prevention. Vienna, 8 October 2012

Entry into force: *1 October 2013, in accordance with article 15*

Authentic texts: *German and Moldovan*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 16 October 2013*

—
**Autriche
et
République de Moldova**

Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Moldova concernant l'assistance mutuelle en cas de catastrophes naturelles ou technologiques et la coopération aux fins de leur prévention. Vienne, 8 octobre 2012

Entrée en vigueur : *1^{er} octobre 2013, conformément à l'article 15*

Textes authentiques : *allemand et moldave*

Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies : *Autriche,
16 octobre 2013*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

**ABKOMMEN
ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND
DER REGIERUNG DER REPUBLIK MOLDAU
ÜBER DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG
BEI NATURKATASTROPHEN ODER TECHNISCHEN KATASTROPHEN UND DIE
ZUSAMMENARBEIT BEI DEREN PRÄVENTION**

Die Regierung der Republik Österreich
und
die Regierung der Republik Moldau

im Folgenden Vertragsparteien genannt,

ausgehend von humanitären Prinzipien,
in dem Bestreben der Verfestigung der traditionell freundschaftlichen Beziehungen der
Völker der beiden Staaten,

in der Erkenntnis, dass die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung von
Katastrophen Einfluss auf die Entwicklung und Sicherheit der beiden Staaten hat,
überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten
mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Naturkatastrophen oder technischen
Katastrophen und die Zusammenarbeit bei deren Prävention zu erleichtern,

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Gegenstand**

Dieses Abkommen regelt die Bedingungen für die Zusammenarbeit und freiwillige
Hilfeleistungen bei Naturkatastrophen oder technischen Katastrophen auf dem
Hoheitsgebiet der beiden Vertragsparteien.

**Artikel 2
Begriffsbestimmung**

In diesem Abkommen bedeutet der Ausdruck:

„Naturkatastrophe oder technische Katastrophe“
ein bereits eingetretener oder unmittelbar drohender außerordentlicher, teilweise oder
völlig außer Kontrolle geratener, zeitlich wie räumlich begrenzter Zwischenfall auf dem
Hoheitsgebiet des Staates einer der Vertragsparteien, der zu einer Gefahr für
menschliches Leben und Gesundheit, Bedrohung der Umwelt, Gefährdung des
Eigentums, bedeutenden wirtschaftlichen Verlusten oder ökologischen
Beeinträchtigungen führen kann, und zu dessen Bewältigung die eigenen Kräfte der
betroffenen Vertragspartei nicht ausreichen;

„Hilfeersuchende Vertragspartei“-
diejenige Vertragspartei, welche die andere Vertragspartei um Hilfeleistung ersucht;

„Hilfeleistende Vertragspartei“-
diejenige Vertragspartei, welche einem Ersuchen der anderen Vertragspartei um Hilfeleistung stattgibt;

„Hilfeleistung“-
Rettungsmaßnahmen und andere unabdingbare Maßnahmen, die im Falle von Naturkatastrophen und technischen Katastrophen durchgeführt werden;

„Rettungsmaßnahmen“-
Maßnahmen zur Rettung von Menschen, materieller und kultureller Werte sowie zum Schutz der Natur im Gebiet der Naturkatastrophe oder technischen Katastrophe;

„Ausrüstung“-
das Material, insbesondere technische Geräte, die Verkehrsmittel und die Such- und Rettungshunde für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf;

„Hilfsgüter“-
Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung auf dem Gebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei bestimmt sind;

„Hilfsmannschaften“-
spezialisierte Einheiten mit entsprechender Ausrüstung und Hilfsgütern, welche die hilfeleistende Vertragspartei zur Hilfeleistung bestimmt;

„Experten“-
eine oder mehrere zur Hilfeleistung entsandte Personen mit entsprechender Ausbildung, Ausrüstung und Hilfsgütern.

Artikel 3 Zuständigkeiten

(1) Unbeschadet des diplomatischen Weges sind die für die Stellung und die Entgegennahme von Hilfeersuchen sowie für die weiteren Formen der in diesem Abkommen vorgesehenen Zusammenarbeit zuständigen Behörden:

- auf der Seite der Republik Österreich:
der Bundesminister für Inneres.
- auf der Seite der Republik Moldau:
das Ministerium für Innere Angelegenheiten;

(2) Die nach Absatz 1 dieses Artikels benannten zuständigen Behörden informieren einander auf offiziellem Weg über die Adressen und Fernmeldeverbindungen, ständig erreichbaren Kontaktstellen, an die ein Ersuchen um Hilfeleistung gerichtet werden kann.

(3) Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten zuständigen Behörden der beiden

Vertragsparteien sind ermächtigt bei der Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(4) Die Vertragsparteien unterrichten einander unverzüglich in schriftlicher Form auf diplomatischem Wege über Änderungen im Fall der Umbenennung der zuständigen Behörden oder der Errichtung einer neuen zuständigen Behörde.

Artikel 4 Hilfeleistung

(1) Im Falle einer Naturkatastrophe oder technischen Katastrophe, die sich auf dem Hoheitsgebiet des Staates einer der Vertragsparteien ereignet oder Auswirkungen auf das Hoheitsgebiet des Staates hat, kann sich diese Vertragspartei mit dem Ersuchen um Hilfeleistung an die andere Vertragspartei wenden.

(2) Die Hilfe kann durch den Einsatz von Hilfsmannschaften oder Experten, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen, wobei Art und Umfang der Hilfeleistung im Zuge des Hilfeersuchens zwischen den in Artikel 3 Absatz 1 dieses Abkommens genannten zuständigen Behörden abgesprochen werden.

(3) Die ersuchende Vertragspartei stellt das Hilfeersuchen nach Möglichkeit in der Amtssprache der ersuchten Vertragspartei oder in englischer Sprache.

(4) In dem Hilfeersuchen soll Art und Dimension der Naturkatastrophe oder technischen Katastrophe, Ort und Zeit, getroffene und beabsichtigte Maßnahmen zur Durchführung der Rettungsarbeit, erhaltene oder angebotene bilaterale und/oder internationale Hilfe, sowie die Art und Umfang der notwendigen Hilfe dargelegt werden.

(5) Der Transport von Hilfsmannschaften und (oder) Experten, Ausrüstung und Hilfsgütern kann auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg erfolgen.

(6) Die Hilfsmannschaften und (oder) die Experten werden ihre Tätigkeit unverzüglich einstellen, wenn dies die hilfeersuchende Vertragspartei verlangt. Ansonsten beenden sie ihre Tätigkeit nach ihrer Aufgabenerfüllung. Nach der Beendigung der Hilfeleistung müssen die Hilfsmannschaften und (oder) die Experten unverzüglich das Hoheitsgebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei verlassen.

Artikel 5 Grenzübertritt und Aufenthalt auf dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei

(1) Um die für eine rasche Hilfeleistung nötige Effizienz zu gewährleisten, unternimmt die hilfeersuchende Vertragspartei Maßnahmen für die Beschleunigung des Grenzübertrittes von Hilfsmannschaften und (oder) Experten im Einklang mit der jeweiligen Rechtsordnung ihres Staates.

(2) Die Mitglieder der Hilfsmannschaften und (oder) der Experten überschreiten die Staatsgrenze der Vertragspartei, welche die Hilfeleistung angefordert hat, auf jenen Grenzübertrittsstellen mit gültigen Reisepässen, die von den Vertragsparteien vereinbart wurden. Die hilfeersuchende Vertragspartei informiert die andere Vertragspartei zeitgerecht über die Grenzübertrittsstelle. Die hilfeersuchende Vertragspartei ermöglicht eine ehestmögliche Ausstellung von Einreisevisa.

(3) Der Leiter der Hilfsmannschaft hat auf Verlangen ein seine Stellung oder seinen Auftrag bezeugendes offizielles Dokument und eine Namensliste der Angehörigen der Hilfsmannschaft und (oder) Experten, beide in der Amtssprache der hilfeersuchenden Vertragspartei oder in englischer Sprache, vorzuweisen.

(4) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft und (oder) die Experten benötigen für ihre Tätigkeit im Rahmen einer Hilfeleistung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei keine Beschäftigungsbewilligung.

(5) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind berechtigt, auf dem Gebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei Uniform zu tragen, sofern dies zu ihrer üblichen Ausrüstung gehört. Die Hilfsmannschaft der hilfeleistenden Vertragspartei ist berechtigt, auf dem Gebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei an ihren Fahrzeugen ihre eigenen Warnzeichen zu benutzen.

Artikel 6 **Grenzübergang der Ausrüstung und der Hilfsgüter**

(1) Ausrüstung und Hilfsmaterial, welches auf das Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates eingeführt und ausgeführt wird, wird von Steuern und Abgaben sowie von Verboten und Beschränkungen entsprechend der Rechtsordnung der hilfeersuchenden Vertragspartei befreit.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontroll- und/oder Zollorganen des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei beim Betreten von deren Hoheitsgebiet lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstung und Hilfsgüter in der Amtssprache des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei oder in englischer Sprache vorzuweisen.

(3) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft und (oder) die Experten dürfen außer der Ausrüstung und Hilfsgütern keine anderen Waren mitführen. Schusswaffen und Munition dürfen auf das Gebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei nicht mitgeführt werden.

(4) Der Grenzübertritt sowie der Aufenthalt von Such- und Rettungshunden richtet sich nach den veterinärbehördlichen Einfuhrbestimmungen auf dem Hoheitsgebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei.

(5) Soweit die Ausrüstung nicht verbraucht oder zerstört wird, ist sie wieder aus dem Gebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei auszuführen.

(6) Die Bestimmungen des Absatzes 3 finden auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotropen Stoffen in den hilfeersuchenden Staat und die

Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den hilfeleistenden Staat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Stoffe. Suchtgifte und psychotrope Stoffe dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei eingesetzt werden, der die Hilfsmannschaft oder die zur Hilfeleistung entsandte Person angehört. Die verbrauchten Suchtgifte und psychotropen Stoffe werden der Verbrauchsstatistik des hilfeleistenden Staates zugerechnet.

(7) Die Zollabfertigung der Einfuhrgüter und Hilfsmaterialien der Hilfsmannschaften erfolgt in vereinfachter Weise. Wenn die Hilfsmaterialien aufgebraucht wurden, erfolgen keine zusätzliche Steuern, Zollabgaben oder sonstige Abgaben auf dem Hoheitsgebiet der hilfeersuchenden Partei.

Artikel 7 Einsätze von Luftfahrzeugen

(1) Mit Genehmigung der hilfeersuchenden Vertragspartei führen die Luftfahrzeuge für Hilfeinsätze den Flug über das Gebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei zum vereinbarten Bestimmungsort nach der bestätigten Flugroute durch. Die Vertragsparteien gestatten, dass die Luftfahrzeuge auch außerhalb von Flugplätzen landen und abfliegen.

(2) Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei einem Hilfeinsatz ist den zuständigen Flugsicherungsstellen der hilfeersuchenden Vertragspartei sowie der im Artikel 3 Absatz 2 dieses Abkommens genannten Kontaktstelle der hilfeersuchenden Vertragspartei unverzüglich unter Berufung auf dieses Abkommen mitzuteilen.

(3) Die Flüge erfolgen im Einklang mit den Bestimmungen der internationalen Zivilluftfahrt und den luftfahrtrechtlichen Vorschriften der Vertragsparteien soweit sich aus diesem Abkommen nichts anderes ergibt.

(4) Die Verwendung von Militärluftfahrzeugen ist nur mit Zustimmung der hilfeersuchenden Vertragspartei zulässig.

Artikel 8 Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Leitung der Rettungsarbeiten obliegt den jeweils zuständigen Behörden der hilfeersuchenden Vertragspartei.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften der hilfeleistenden Vertragspartei werden ausschließlich an deren Leiter gerichtet, welche die Art der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die jeweils zuständigen Behörden der hilfeersuchenden Vertragspartei leisten den Hilfsmannschaften und (oder) den Experten der hilfeleistenden Vertragspartei im Rahmen ihrer Zuständigkeit Schutz und Hilfe.

Artikel 9
Einsatzkosten

(1) Für die Hilfeleistung an die hilfeersuchende Vertragspartei erfolgt keine Vergütung, sofern die Vertragsparteien keine anders lautende Vereinbarung getroffen haben. Dies gilt auch für die Kosten, die einer Vertragspartei durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust der Ausrüstung entstehen.

(2) Die hilfeleistende Vertragspartei versichert im Einklang der Rechtsordnung ihres Staates die Mitglieder der Hilfsmannschaften oder die Experten auf Leben und Gesundheit.

(3) Den Hilfsmannschaften und (oder) den Experten der hilfeleistenden Vertragspartei werden während der Dauer des Einsatzes auf dem Hoheitsgebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei auf deren Kosten im Bedarfsfall Dolmetscher, Transportmittel und medizinische Erstversorgung gewährt.

Artikel 10
Schadenersatz

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmten Mitglieder einer Hilfsmannschaft und (oder) Experten zustehenden Ansprüche auf Ersatz von:

- (a) Vermögensschäden, die von Mitgliedern der zur Hilfeleistung bestimmten Hilfsmannschaften und (oder) Experten im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages verursacht worden sind;
- (b) Schäden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod einer zur Hilfeleistung bestimmten Person im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages beruhen.

Dies gilt nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.

(2) Wird durch Mitglieder der zur Hilfeleistung bestimmten Hilfsmannschaften oder Experten der hilfeleistenden Vertragspartei im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages im Hoheitsgebiet der hilfeersuchenden Vertragspartei einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet die hilfeersuchende Vertragspartei für den Schaden wie für eigene Mitglieder der zur Hilfeleistung bestimmten Hilfsmannschaften oder Experten verursachte Schäden.

(3) Der hilfeersuchende Staat hat keinen Regressanspruch gegen den hilfeleistenden Staat oder dessen zur Hilfeleistung bestimmten Personen. Hat aber die zur Hilfeleistung bestimmte Person des hilfeleistenden Staates einem Dritten einen Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig zugefügt, so kann der hilfeersuchende Staat einen Regressanspruch gegen den hilfeleistenden Staat geltend machen.

(4) Die Vertragsparteien arbeiten gemäß ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften eng zusammen, um die Erledigung von Schadenersatz- oder Entschädigungsansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 11 **Fernmeldeverbindungen**

Die in Artikel 3 Absatz 1 dieses Abkommens genannten Behörden treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften und (oder) den Experten, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 12 **Weitere Formen der Zusammenarbeit**

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere zur Vorbeugung und Minderung der Folgen von Naturkatastrophen oder technischen Katastrophen, indem sie:

- (a) Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen sowie
 - (b) Expertentreffen,
 - (c) Forschungs- und Ausbildungsprogramme,
 - (d) Fachkurse und Übungen von Hilfeinsätzen
- auf dem Gebiet beider Vertragsparteien durchführen;

(2) Die Zusammenarbeit umfasst auch den Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die entstehen und sich auf das Gebiet der anderen Vertragspartei auswirken können.

(3) Für die Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung sowie für gemeinsame Übungen gemäß Absatz 1 dieses Artikels gelten die Bestimmungen dieses Abkommens sinngemäß.

(4) Die durch die Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung anfallenden Kosten werden wie folgt getragen:

- (a) die entsendende Vertragspartei übernimmt die Kosten für die Hin- und Rückreise ihrer Teilnehmer sowie die Kosten für deren Rückholung bei Erkrankung oder Todesfall,

- (b) die einladende Vertragspartei übernimmt die Kosten des Transports, der Ausbildung und der Verpflegung sowie der medizinischen Erstversorgung auf seinem Gebiet.

Artikel 13
Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien, die über die Anwendung und Auslegung der Bestimmungen dieses Abkommens entstehen können, werden von diesen durch Konsultationen oder Verhandlungen gelöst.

Artikel 14
Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Abkommen

Die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Abkommen werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 15
Schlussbestimmungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, dass die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei kündigen. Die Kündigung wird nach sechs Monaten ab dem Tage des Einlangens von der anderen Vertragspartei der entsprechenden Kündigungsnotifikation wirksam.

(4) Soweit die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, bleiben bereits begonnene Tätigkeiten aufgrund dieses Abkommens vom Außerkrafttreten unberührt, wenn sie mit dem Tag des Außerkrafttretens noch nicht abgeschlossen sind.

Geschehen zu Wien am 08. Oktober 2012 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und moldauischer Sprache, wobei beide Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der
Republik Österreich:

Johanna Mikl-Leitner

Für die Regierung der
Republik Moldau:

Dorin Recean

[MOLDOVAN TEXT – TEXTE MOLDAVE]

**ACORD
ÎNTRU GVERNUL REPUBLICII AUSTRIA ȘI
GVERNUL REPUBLICII MOLDOVA**

**PRIVIND ASISTENȚA RECIPROCĂ ÎN CAZUL CATASTROFELOR
NATURALE SAU A CATASTROFELOR TEHNOLOGICE ȘI COLABORAREA
LA PREVENIREA LOR**

Gvernul Republicii Austria
și
Gvernul Republicii Moldova

numite în continuare Părți,

având la bază principii umanitare,
năzuind consolidarea relațiilor tradiționale prietenești ale popoarelor ambelor
state,
conștiente că colaborarea în domeniul combaterii catastrofelor influențează
dezvoltarea și securitatea ambelor state,
convinse de necesitatea colaborării între ambele state cu scopul de a facilita
ajutorul reciproc în cazul catastrofelor naturale sau catastrofelor tehnologice și
colaborarea la prevenirea lor,

au convenit următoarele:

**Articolul 1
Obiectul**

Prezentul acord reglementează condițiile de colaborare și asistența benevolă în
cazul catastrofelor naturale sau catastrofelor tehnologice pe teritoriul suveran al
Părților.

**Articolul 2
Noțiuni**

În prezentul Acord, termenii utilizați au următoarea semnificație:

„Catastrofă naturală sau catastrofă tehnologică” -
eveniment deja produs sau nemijlocit iminent, excepțional, scăpat parțial sau
integral de sub control, limitat în timp și spațiu pe teritoriul suveran al statului
uneia dintre Părți, care poate determina, un pericol pentru viața umană și
sănătate, o amenințare la adresa mediului, prejudicierea proprietății, pierderi
economice semnificative sau daune ecologice, pentru a cărui depășire forțele

proprii ale Părții afectate nu sunt suficiente (echivalent la termenul de situație excepțională în Republica Moldova);

„Partea solicitantă”-
acea Parte, care îi solicită celeilalte Părți acordarea de asistență

„Parte solicitată”-
acea Parte, care dă curs cererii de acordare de asistență a celeilalte Părți

„Asistență”-
măsuri de salvare și alte măsuri indispensabile care sunt întreprinse în cazul catastrofelor naturale sau catastrofelor tehnologice;

„Măsuri de salvare”-
Măsuri de salvare a oamenilor, a valorilor materiale și culturale, precum și de protecție a naturii în regiunea catastrofei naturale sau a catastrofei tehnologice;

„Echipament”-
Materialele, în special echipament tehnic, mijloacele de transport, și câinii de căutare și salvare pentru intervenție, precum și bunurile de uz personal;

„Ajutoare”-
Bunuri destinate predării gratuite către populația afectată de pe teritoriul Părții solicitante;

„Echipe de intervenție”-
Unități specializate cu echipament corespunzător și ajutoare, desemnate (stabilite) de către Partea solicitată în vederea acordării de asistență;

„Experți”-
Una sau mai multe persoane desemnate să acorde asistență, având instruire, echipament și ajutoare corespunzătoare.

Articolul 3 **Autoritățile competente**

(1) Independent de calea diplomatică, pentru prezentarea și recepționarea cererilor de asistență, precum și pentru alte forme de colaborare sunt competente autoritățile prevăzute de prezentul acord:

- din partea Republicii Austria:
Ministrul Federal de Interne;

- din partea Republicii Moldova:
Ministerul Afacerilor Interne;

(2) Autoritățile competente prevăzute în alineatul 1 al prezentului articol își comunică reciproc pe cale oficială adresele și mijloacele de telecomunicații, instituțiile permanent disponibile, cărora li se poate adresa o cerere de asistență.

(3) La implementarea prezentului acord, autoritățile competente ale ambelor Părți, desemnate potrivit alineatului 1 al prezentului articol, sunt autorizate să intre în contact nemijlocit una cu alta.

(4) Părțile își notifică reciproc cu promptitudine, în scris, pe cale diplomatică, modificările în cazul redenumirii autorităților competente sau al înființării unei noi autorități competente.

Articolul 4 **Asistența**

(1) În caz de catastrofă naturală sau catastrofă tehnologică survenită pe teritoriul suveran al statului uneia dintre Părți ori care produce consecințe pe teritoriul suveran al statului, această Parte se poate adresa cu o cerere de asistență celeilalte Părți.

(2) Ajutorul se poate acorda prin utilizarea echipelor de intervenție sau experți, prin expedierea de ajutoare sau în alt mod adecvat, tipul și volumul asistenței fiind convenite în cadrul cererii de asistență de către autoritățile competente desemnate de articolul 3, alineatul 1 al prezentului acord.

(3) Partea solicitantă prezintă cererea de asistență, după posibilitate, în limba oficială a Părții solicitate sau în limba engleză.

(4) În cererea de asistență se prezintă tipul, dimensiunea catastrofei naturale sau a catastrofei tehnologice, locul și timpul, măsurile întreprinse și planificate pentru realizarea activităților de salvare, ajutorul bilateral și/sau internațional primit sau oferit, precum și tipul și volumul ajutorului necesar.

(5) Transportul echipelor de intervenție și (sau) experților, al echipamentului și ajutoarelor poate avea loc pe cale terestră, aeriană sau navală.

(6) Echipetele de intervenție și (sau) experții își vor sista imediat activitatea în cazul în care acest lucru este cerut de către Partea solicitantă. Altfel, ele își încetează activitatea după îndeplinirea sarcinilor. După finalizarea asistenței echipele de intervenție și (sau) experții trebuie să părăsească imediat teritoriul suveran al Părții solicitante.

Articolul 5

Trecerea frontierei și șederea pe teritoriul suveran al Părții solicitante

(1) În vederea asigurării eficienței necesare acordării rapide de asistență, Partea solicitantă întreprinde măsuri pentru urgentarea trecerii frontierei a echipelor de intervenție și (sau) experților în conformitate cu legislația respectivă a Statului ei.

(2) Membrii echipelor de intervenție și (sau) experții trec frontiera de stat a Părții care a solicitat asistența cu pașapoarte valabile prin punctele de trecere a frontierei convenite de către Părți. Partea solicitantă comunică din timp celeilalte Părți punctul de trecere a frontierei. Partea solicitantă facilitează eliberarea cât mai urgentă a vizelor de intrare.

(3) Șeful echipei de intervenție va prezenta la cerere un document oficial care îi atestă poziția sau misiunea de îndeplinit și o listă cu numele membrilor echipei de intervenție și (sau) al experților, ambele în limba oficială a Părții solicitante sau în limba engleză.

(4) Membrii unei echipe de intervenție și (sau) experții nu au nevoie de permis de muncă pentru activitatea lor în cadrul asistenței pe teritoriul suveran al celeilalte Părți.

(5) Membrii unei echipe de intervenție sunt autorizați să poarte uniformă pe teritoriul Părții solicitante, în cazul în care aceasta face parte din echipamentul lor obișnuit. Echipa de intervenție a Părții solicitate este autorizată să utilizeze pe teritoriul Părții solicitante propriile indicatoare de avertizare la autovehiculele lor.

Articolul 6

Trecerea echipamentului și ajutoarelor peste frontieră

(1) Echipamentul și materialele de asistență care este introdus și scos pe/de pe teritoriul suveran al statului solicitant este scutit de impozite și taxe, precum și de interdicții și limitări în conformitate cu legislația Părții solicitante.

(2) Șeful echipei de intervenție va prezenta organelor de frontieră și/sau vamale ale statului Părții solicitante la intrarea pe teritoriul ei suveran exclusiv o listă cu echipamentul și ajutoarele aduse, întocmită în limba oficială a statului Părții solicitante sau în limba engleză.

(3) Membrii unei echipe de intervenție și (sau) experții nu au dreptul să aducă cu sine alte bunuri, decât echipament și ajutoare. Armele de foc și muniția nu pot fi purtate pe teritoriul Părții solicitante.

(4) Trecerea frontierei, precum și șederea câinilor de căutare și salvare se supun prevederilor veterinare de intrare pe teritoriul suveran al Părții solicitante.

(5) În cazul în care echipamentul nu este consumat sau distrus, acesta va fi din nou scos de pe teritoriul Părții solicitante.

(6) Prevederile alineatului 3 sunt valabile și pentru introducerea în statul solicitant a stupefiantelor și substanțelor psihotrope și pentru exportarea cantităților neutilizate în statul solicitat. Acest circuit de bunuri nu este considerat ca import sau export în sensul acordurilor internaționale privind stupefiantele și substanțele psihotrope. Stupefiantele și substanțele psihotrope pot fi aduse numai în conformitate cu nevoile medicale de urgență și pot fi utilizate numai de către personalul medical calificat în conformitate cu prevederile legale ale Părții căreia îi aparține echipa de intervenție sau a persoanei delegate pentru asistență. Stupefiantele consumate și substanțele psihotrope sunt atribuite statisticii de consum a statului solicitat.

(7) Procedurile vamale în cazul bunurilor introduse și a ajutoarelor se realizează în mod simplificat. În cazul în care ajutoarele au fost consumate, nu se aplică impozite, taxe vamale sau alte taxe pe teritoriul suveran al Părții solicitante.

Articolul 7 **Intervenții ale aeronavelor**

(1) Cu acordul Părții solicitante aeronavele de intervenție efectuează zborul deasupra teritoriului Părții solicitante către locul de destinație convenit în conformitate cu ruta de zbor confirmată. Părțile permit decolarea și aterizarea aeronavelor și în afara aeroporturilor.

(2) Utilizarea aeronavelor la o intervenție se comunică imediat, cu referință la prezentul acord, autorităților competente de control al traficului aerian ale Părții solicitante, precum și autorităților de contact ale Părții solicitante desemnate potrivit articolului 3, alineatul 2 al prezentului acord.

(3) Zborurile se efectuează în conformitate cu regulile aviației civile internaționale și cu prevederile legale ale circulației aeriene a Părților, în cazul în care din prezentul acord nu rezultă altfel.

(4) Utilizarea aeronavelor militare este permisă doar cu acordul Părții solicitante.

Articolul 8 **Coordonare și conducere**

(1) Coordonarea și conducerea activităților de salvare revine autorităților competente respective ale Părții solicitante.

(2) Sarcinile pentru echipele de intervenție ale Părții solicitate sunt adresate exclusiv conducătorilor acestora care ordonă tipul de intervenție forțelor lor subordonate.

(3) Autoritățile competente respective ale Părții solicitante acordă, în cadrul competenței lor, protecție și ajutor echipelor de intervenție și (sau) experților ale Părții solicitate.

Articolul 9 Costurile intervenției

(1) Acordarea asistenței Părții solicitante se realizează fără remunerare, în cazul în care Părțile nu au adoptat o înțelegere altfel exprimată. Acest lucru este valabil și pentru costurile suportate de către o Parte prin consumul, prejudicierea sau pierderea echipamentului.

(2) Partea solicitată asigură, în conformitate cu legislația statului ei, viața și sănătatea membrilor echipelor de intervenție sau a experților.

(3) Echipelor de intervenție și (sau) experților Părții solicitate li se acordă, în caz de necesitate, pe perioada intervenției pe teritoriul suveran al Părții solicitante și pe cheltuielile sa interpreți, mijloace de transport și asistență medicală primară.

Articolul 10 Compensarea daunelor

(1) Fiecare Parte renunță la toate drepturile ce-i revin, în raport cu cealaltă Parte sau în raport cu membrii unei echipe de intervenție și (sau) cu experții desemnați pentru acordarea asistenței, privind revendicarea:

- (a) daunelor contra proprietății, care au fost cauzate de către membrii echipei de intervenție desemnate pentru acordarea asistenței și (sau) de experți în cursul îndeplinirii misiunii lor;
- (b) daunelor cauzate de către o vătămare corporală, o afectare a sănătății sau moartea unei persoane desemnate pentru acordarea asistenței, în cursul îndeplinirii misiunii ei.

Această regulă nu se aplică, dacă dauna a fost cauzată intenționat sau din neglijență gravă.

(2) Dacă membrii echipelor de intervenție desemnate pentru acordarea asistenței sau experții Părții solicitate cauzează în cursul îndeplinirii misiunii lor pe teritoriul suveran al Părții solicitante un prejudiciu unui terț, Partea solicitantă este responsabilă pentru prejudiciu ca și pentru daunele cauzate de către proprii membri ai echipelor de intervenție desemnate pentru acordarea asistenței sau de către experți.

(3) Statul solicitant nu are drept de regres împotriva statului solicitat sau contra persoanelor acestuia desemnate pentru acordarea asistenței. Dacă o persoană a Părții solicitate desemnată pentru acordarea asistenței cauzează intenționat sau din neglijență gravă un prejudiciu unui terț, atunci statul solicitant poate avea drept de regres împotriva statului solicitat.

(4) Părțile colaborează în conformitate cu prevederile lor legale interne întru facilitarea soluționării revendicărilor de recuperare și compensare a daunelor. În special, ele fac schimb de toate informațiile disponibile lor privind cazurile de cauzare a daunelor în sensul prezentului articol.

Articolul 11 Telecomunicații

Autoritățile desemnate potrivit articolului 3, alineatul 1 al prezentului acord adoptă împreună măsurile necesare astfel încât să facă posibile legăturile de telecomunicații și, în special, legăturile radio dintre aceste autorități și dintre echipele de intervenție delegate de acestea și (sau) dintre experți, între echipele de intervenție însele și dintre echipele de intervenție și conducerea respectivă a misiunii de intervenție.

Articolul 12 Alte forme de colaborare

(1) Părțile colaborează în conformitate cu legislația internă, în special, întru prevenirea și diminuarea consecințelor catastrofelor naturale sau a catastrofelor tehnologice prin:

- (a) schimbul de informații cu caracter științifico-tehnic, precum și prin realizarea
- (b) reuniunilor de experți,
- (c) programelor de cercetare și instruire,
- (d) cursurilor specializate și exercițiilor de intervenții pe teritoriul ambelor Părți;

(2) Colaborarea cuprinde, de asemenea, schimbul de informații privind pericolele și prejudiciile apărute și care pot afecta teritoriul altei Părți.

(3) Pentru colaborarea în domeniul instruirii, precum și pentru exercițiile comune potrivit alineatului 1 al prezentului articol sunt valabile prevederile prezentului acord în mod corespunzător.

(4) Costurile apărute ca urmare a colaborării în domeniul instruirii sunt suportate, după cum urmează:

- (a) Partea expeditoare suportă costurile pentru călătoria dus-întors a participanților ei, precum și costurile pentru repatrierea lor în caz de îmbolnăvire sau deces,

- (b) Partea care recepționează preia pe teritoriul ei costurile de transport, de instruire și de alimentație, precum și asistența medicală primară.

Articolul 13
Soluționarea divergențelor

Divergențele care pot apărea între Părți în legătură cu aplicarea și interpretarea prevederilor prezentului Acord se soluționează de către acestea prin consultații sau negocieri.

Articolul 14
Relația cu alte acorduri internaționale

Prevederile prezentului acord nu aduc atingere drepturilor și obligațiilor Părților stipulate în alte acorduri internaționale.

Articolul 15
Dispoziții finale

- 1) Prezentul Acord se încheie pe o perioadă nedefinită de timp.
- (2) Prezentul acord intră în vigoare în prima zi a celei de-a treia luni, care urmează lunii în care, Părțile se informează în scris prin canale diplomatice, despre îndeplinirea procedurilor legale interne necesare intrării în vigoare.
- (3) Fiecare Parte poate oricând denunța prezentul Acord prin notificarea celeilalte Părți în scris. Denunțarea va produce efect după șase luni de la data primirii de către cealaltă Parte a respectivei notificări de denunțare.
- (4) În cazul în care Părțile nu convin altfel, activitățile deja începute potrivit prezentului acord nu sunt afectate de încetarea lui, dacă acestea nu sunt încă finalizate în ziua încetării.

Întocmit la Viena, la 8 octombrie 2012, în două exemplare originale, fiecare în limbile germană și moldovenească, ambele texte fiind egal autentice.

Pentru Guvernul Republicii Austria:

Johanna Mikl-Leitner

Pentru Guvernul Republicii Moldova:

Dorin Recean

[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF MOLDOVA CONCERNING
MUTUAL ASSISTANCE IN THE EVENT OF NATURAL OR
TECHNOLOGICAL DISASTERS AND COOPERATION IN THEIR
PREVENTION

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Moldova (hereinafter referred to as “the Contracting Parties”),

Drawing upon humanitarian principles,

Motivated by the desire to consolidate a tradition of friendly relations shared by the peoples of both States,

Recognizing that cooperation in the field of combating disasters has an impact on the development and safety of both States,

Convinced of the need for cooperation between the two States that aims to facilitate mutual assistance in the event of natural or technological disasters and cooperation in preventing them,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose

This Agreement governs the conditions for cooperation and the voluntary provision of assistance in the event of natural or technological disasters in the territory of either Contracting Party.

Article 2. Definitions

For the purposes of this Agreement:

“Natural or technological disaster” means an extraordinary incident that has already occurred or is imminent within the national territory of one of the Contracting Parties, is partially or completely uncontrolled and temporally and spatially limited, may pose a threat to human life and health or to the environment, may cause damage to property and lead to significant economic losses or ecological damage, and exceeds the response capacity of the affected Contracting Party;

“Requesting Contracting Party” means the Contracting Party that requests the assistance of the other Contracting Party;

“Requested Contracting Party” means the Contracting Party that responds to the request for assistance of the other Contracting Party;

“Assistance” means rescue and other indispensable measures that are carried out in the event of natural and technological disasters;

“Rescue measures” means measures to save persons, material goods and cultural assets as well as to protect nature in case of a natural or technological disaster;

“Equipment” means the materials, in particular technical devices, vehicles and search and rescue dogs for the operation, as well as items for personal use;

“Relief supplies” means goods intended for free distribution to the affected population in the territory of the requesting Contracting Party;

“Disaster relief teams” means specialized units that have been granted the appropriate equipment and relief supplies, which the requested Contracting Party intends to deploy for the purpose of providing assistance;

“Experts” means one or more persons who is/are deployed for the purpose of providing assistance, having undergone the appropriate training and been allotted equipment and relief supplies.

Article 3. Competence

1. Notwithstanding the diplomatic channel, the authorities competent to submit and receive requests for assistance and engage in the other forms of cooperation provided for in this Agreement shall be:

- For the Republic of Austria: The Federal Minister of the Interior;
- For the Republic of Moldova: The Ministry of Internal Affairs.

2. The competent authorities referred to in paragraph 1 of this article shall inform each other through the official channel of the addresses and telecommunication links, as well as the contact points where they are reachable at all times, and to which a request for assistance may be directed.

3. The competent authorities of the two Contracting Parties referred to in paragraph 1 of this article shall be authorized to communicate directly with one another concerning the implementation of this Agreement.

4. The Contracting Parties shall promptly inform one another, in writing, through the diplomatic channel, of any change in the title of the competent authorities or regarding the setting up of a new competent authority.

Article 4. Assistance

1. In the event of a natural or technological disaster that occurs within or affects the State territory of one of the Contracting Parties, this Contracting Party may turn to the other Contracting Party to request assistance.

2. Assistance may be provided through the deployment of rescue teams or experts, or the dispatch of relief supplies or other appropriate ways, the nature and scope of assistance being agreed upon as part of the processing of the request by the competent authorities specified in article 3, paragraph 1, of this Agreement.

3. The requesting Contracting Party shall, to the extent possible, address the request for assistance in the official language of the requested Contracting Party, or in English.

4. The request for assistance shall describe the nature and extent of the natural or technological disaster, its location and time of occurrence, the relief measures that have been undertaken or are being planned and any bilateral and/or international assistance that may have been received or offered, as well as the nature and scope of the assistance required.

5. The rescue teams and/or experts, equipment and relief supplies may be transported by land, air or water.

6. The rescue teams and/or experts shall promptly cease their activities if the requesting Contracting Party so requests. Otherwise, they shall end their activities upon completion of their tasks. Following the completion of the assistance, the rescue teams and/or experts shall promptly leave the territory of the requesting Contracting Party.

*Article 5. Crossing the border and presence in the territory
of the requesting Contracting Party*

1. With a view to ensuring the efficiency required for the rapid provision of assistance, the requesting Contracting Party shall take steps to expedite the border crossing of rescue teams and/or experts, in accordance with its current national laws.

2. The members of the rescue teams and/or experts shall cross the State border of the requesting Contracting Party, with a valid passport, at the crossing points that have been agreed upon by the Contracting Parties. The requesting Contracting Party shall inform the other Contracting Party of the crossing point in a timely manner. The requesting Contracting Party shall facilitate the issuance of an entry visa as soon as possible.

3. Upon request, the head of the disaster relief team may be required to present an official document attesting to his/her position or his/her assignment and a list of the names of the members of the disaster relief team and/or experts, in the official language of the requesting Contracting Party, or in English.

4. The members of a disaster relief team and/or experts shall be exempt from the requirement of holding a work permit in respect of their assistance-related activities in the territory of the other Contracting Party.

5. The members of a disaster relief team are authorized to wear uniforms in the territory of the requesting Contracting Party, insofar as these uniforms are part of their usual attire. The disaster relief team of the requested Contracting Party is authorized to use its own markings on its vehicles in the territory of the requesting Contracting Party.

Article 6. Crossing of equipment and relief supplies at the border

1. The import and export of equipment and relief materials into and out of the territory of the requesting State shall be exempt from tax, duties, prohibitions and restrictions, in accordance with the requesting Contracting Party's laws.

2. Upon entering the territory of the requesting Contracting Party, the head of a disaster relief team shall only present a list of the equipment and relief supplies being carried to the border control and/or customs authorities of that State, in the official language of the requesting Contracting Party, or in English.

3. The members of a disaster relief team and/or experts may carry no other goods besides equipment and relief supplies. Firearms and ammunition may not be carried into the territory of the requesting Contracting Party.

4. The crossing of the border and presence of search and rescue dogs shall be governed by the veterinary import provisions in the territory of the requesting Contracting Party.

5. If the equipment is not used up or destroyed, it shall be removed again from the territory of the requesting Contracting Party.

6. The provisions of paragraph 3 shall also apply to the import of narcotic drugs and psychotropic substances into the requesting State and the re-export of unused quantities into the requested State. This traffic of goods shall not be deemed to be import and export within the meaning of international agreements concerning narcotic drugs and psychotropic substances. Narcotic drugs and psychotropic substances may be carried along only to the extent required in order to meet urgent medical needs and may be used only by qualified medical personnel in accordance with the rules and regulations of the Contracting Party to which the disaster relief team or relief worker belongs. Consumed narcotic drugs and psychotropic substances shall be included in the consumption statistics of the requested State.

7. The customs clearance of goods and relief materials imported by the disaster relief teams shall follow a simplified procedure. If the relief materials are used up, no additional taxes, customs or other duties shall be levied in the territory of the requesting Party.

Article 7. Use of aircraft

1. Subject to authorization by the requesting Contracting Party, aircraft intended for relief operations shall overfly the territory of the requesting Contracting Party, along the confirmed route, to the specified destination. The Contracting Parties shall allow the aircraft to land and take off outside of airfields.

2. The use of aircraft during a relief operation shall be reported without delay to the competent air traffic safety bodies of the requesting Contracting Party and to the contact points of the requesting Contracting Party referred to in article 3, paragraph 2, of this Agreement, and, in doing so, reference shall be made to this Agreement.

3. Flights shall be carried out in accordance with international civil aviation regulations and the air traffic rules of the Contracting Parties, unless otherwise provided in this Agreement.

4. The use of military aircrafts is permissible only with the approval of the requesting Contracting Party.

Article 8. Coordination and overall management

1. The competent authorities of the requesting Contracting Party shall be responsible for the coordination and management of the rescue work.

2. Instructions intended for the disaster relief teams of the requested Contracting Party shall only be transmitted to their leaders, who shall brief their staff on the form of action to be taken.

3. The competent authorities of the requesting Contracting Parties shall, within their area of competence, extend protection and assistance to the disaster relief teams and/or experts of the requested Contracting Party.

Article 9. Operational costs

1. No payment shall be made in respect of assistance extended to the requesting Contracting Party, unless the Contracting Parties have agreed otherwise. This shall also apply to costs arising from the wear, damage or loss of equipment.

2. The requested Contracting Party shall provide the members of disaster relief teams or experts with life and health insurance coverage in accordance with its State's laws.

3. Throughout the period of deployment in the territory of the requesting Contracting Party, the disaster relief teams and/or experts of the requested Contracting Party shall, if necessary, be provided with interpreters, means of transport and medical first aid at the requesting Contracting Party's expense.

Article 10. Compensatory damages

1. Each Contracting Party shall waive any claim for compensation against the other Contracting Party or members of its disaster relief team and/or experts in respect of:

(a) Damage to property caused by members of a disaster relief team and/or experts in connection with the performance of their mission;

(b) Damages related to the physical injury, health, or death of a relief worker, in connection with the performance of his/her mission.

These provisions shall not apply where the damage was caused intentionally or through gross negligence.

2. If a third person is injured by members of a disaster relief team or experts of the requested Contracting Party in connection with the performance of their mission in the territory of the requesting Contracting Party, the requesting Contracting Party shall bear liability for the injury in the same way as it would in the case of an injury caused by members of its own disaster relief teams or experts.

3. The requesting State shall have no claim for compensation against the requested State or its relief workers. However, if the relief worker of the requested State has caused injury to a third party intentionally or through gross negligence, the requesting State may enter a claim for compensation against the requested State.

4. The Contracting Parties shall cooperate closely in accordance with their national rules and regulations in order to facilitate the settlement of claims for compensation or damages. In particular, they shall exchange all information available to them concerning cases involving damage within the meaning of this article.

Article 11. Telecommunication links

The authorities referred to in article 3, paragraph 1, of this Agreement shall jointly make the necessary arrangements to facilitate the establishment of telecommunication links, particularly in respect of radio links, between these authorities and the disaster relief teams and/or experts whom they have deployed, between the disaster relief teams themselves, and between the disaster relief teams who have been deployed and those in charge of the operation.

Article 12. Additional forms of cooperation

1. The Contracting Parties shall cooperate in accordance with their national laws to prevent and mitigate the consequences of natural or technological disasters through:

- (a) The exchange of scientific and technical information;
- (b) Meetings of experts;
- (c) Research and training programmes;

(d) Special courses and exercises for disaster relief operations, in the territory of both Contracting Parties.

2. Cooperation shall also include the exchange of information regarding dangers and damage that may arise and have effects on the territory of the other Contracting Party.

3. The provisions of this Agreement shall apply, *mutatis mutandis*, to cooperation in the field of training and joint exercises, in accordance with paragraph 1 of this article.

4. The costs arising from cooperation in the field of training shall be borne as follows:

(a) The sending Contracting Party shall assume the costs of the outward and return travel of its participants, as well as the costs of their repatriation in the event of illness or death;

(b) The host Contracting Party shall assume the costs of transport, training, board and medical first aid in its territory.

Article 13. Dispute settlement

Any dispute that may arise between the Contracting Parties concerning the application and interpretation of the provisions of this Agreement shall be settled through consultation and negotiation.

Article 14. Relation to other agreements under international law

This Agreement shall not affect the rights and obligations of the Contracting Parties that arise from other international agreements.

Article 15. Final provisions

1. This Agreement shall be concluded for a period of indefinite duration.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the date on which the Contracting Parties inform one another, in writing, through the diplomatic channel, that their respective domestic requirements for its entry into force have been fulfilled.

3. Either Contracting Party may terminate this Agreement at any time by informing the other Contracting Party thereof, through a written notification. Termination shall take effect six months from the date on which the other Contracting Party receives the corresponding notification of termination.

4. Unless otherwise provided by the Contracting Parties, ongoing activities which have not been completed by the date on which this Agreement ceases to be in force shall not be affected.

DONE at Vienna on 8 October 2012, in two originals, each in the German and Moldovan languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

JOHANNA MIKL-LEITNER

For the Government of the Republic of Moldova:

DORIN RECEAN

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D’AUTRICHE ET
LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE MOLDOVA CONCERNANT
L’ASSISTANCE MUTUELLE EN CAS DE CATASTROPHES NATURELLES
OU TECHNOLOGIQUES ET LA COOPÉRATION AUX FINS DE LEUR
PRÉVENTION

Le Gouvernement de la République d’Autriche et le Gouvernement de la République de Moldova (ci-après dénommés les « Parties contractantes »),

Se fondant sur les principes humanitaires,

Mus par le désir de consolider les relations traditionnellement amicales entre les peuples des deux États,

Reconnaissant que la coopération dans le domaine de la lutte contre les catastrophes a un impact sur le développement et la sécurité des deux États,

Convaincus de la nécessité d’une coopération entre les deux États dans le but de faciliter l’assistance mutuelle en cas de catastrophes naturelles ou technologiques et la coopération aux fins de leur prévention,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Objet

Le présent Accord régit les conditions de la coopération et de la fourniture volontaire d’une assistance en cas de catastrophes naturelles ou technologiques sur le territoire de l’une des Parties contractantes.

Article 2. Définitions

Aux fins du présent Accord, on entend par :

« catastrophe naturelle ou technologique », un incident extraordinaire qui s’est déjà produit ou est imminent sur le territoire national de l’une des Parties contractantes, partiellement ou complètement non maîtrisé, limité dans le temps et dans l’espace, susceptible d’entraîner un risque pour la vie ou la santé des êtres humains, pour l’environnement ou pour les biens, des pertes économiques importantes ou des dommages écologiques auxquels les capacités de la Partie contractante en question ne permettent pas de faire face;

« Partie contractante requérante », la Partie contractante qui sollicite l’aide de l’autre Partie contractante;

« Partie contractante requise », la Partie contractante qui donne suite à une demande d’aide de l’autre Partie contractante;

« assistance », le sauvetage et autres mesures indispensables prises en cas de catastrophes naturelles ou technologiques;

« mesures de sauvetage », les mesures destinées à sauver des personnes, du matériel ou des biens culturels et à protéger la nature en cas de catastrophes naturelles ou technologiques;

« équipement », le matériel, en particulier les dispositifs techniques, les véhicules et les chiens de recherche et de sauvetage pour le déploiement d'équipes de secours, ainsi que les effets personnels de ces dernières;

« approvisionnements de secours », les produits destinés à être distribués gratuitement à la population touchée sur le territoire de la Partie contractante requérante;

« équipes de secours », les unités spécialisées dotées du matériel et des approvisionnements de secours nécessaires à la fourniture d'aide par la Partie contractante requise;

« expert », personne dépêchée pour fournir une assistance, ayant reçu une formation adéquate et dotée de matériel et d'approvisionnements de secours.

Article 3. Compétence

1) Sans préjudice de la voie diplomatique, les autorités compétentes pour présenter et recevoir des demandes d'assistance et pour s'engager dans d'autres formes de coopération prévues par le présent Accord sont :

- Pour la République d'Autriche, le Ministre fédéral de l'intérieur;
- Pour la République de Moldova, le Ministère de l'intérieur.

2) Les autorités compétentes visées au paragraphe 1 du présent article se communiquent mutuellement par voie officielle les adresses et les moyens de télécommunication, ainsi que les points de contact où elles sont joignables à tout moment et où toute demande d'assistance peut être adressée.

3) Les autorités compétentes des deux Parties contractantes visées au paragraphe 1 du présent article sont habilitées à communiquer directement entre elles lors de l'application du présent Accord.

4) Les Parties contractantes se communiquent immédiatement par écrit, par la voie diplomatique, tout changement dans la désignation des autorités compétentes ou toute mise en place d'une nouvelle autorité compétente.

Article 4. Assistance

1) Au cas où une catastrophe naturelle ou technologique se produit ou a des effets sur le territoire d'une Partie contractante, celle-ci peut s'adresser à l'autre Partie contractante pour demander une assistance.

2) L'assistance peut prendre la forme d'un déploiement d'équipes de secours ou d'experts, d'un envoi de matériel de secours ou tout autre forme appropriée, sa nature et son étendue étant convenues dans le cadre du traitement de la demande par les autorités compétentes visées au paragraphe 1 de l'article 3 du présent Accord.

3) Dans la mesure du possible, la Partie contractante requérante fait la demande d'assistance dans la langue officielle de la Partie contractante requise ou en anglais.

4) La demande d'assistance décrit la nature et l'ampleur de la catastrophe naturelle ou technologique, sa localisation et l'heure à laquelle elle est survenue, les mesures prises ou prévues

pour les secours, toute assistance bilatérale ou internationale reçue ou offerte, ainsi que la nature et la portée de l'assistance requise.

5) Les équipes de secours et les experts, ainsi que le matériel et les approvisionnements de secours, peuvent être transportés par voie terrestre, aérienne ou maritime.

6) Les équipes de secours et les experts cessent immédiatement leurs activités si la Partie contractante requérante le demande. Dans les autres cas, ces activités prennent fin lorsqu'elles ont été menées à bien. Au terme de l'assistance, les équipes de secours et les experts quittent immédiatement le territoire de la Partie contractante requérante.

*Article 5. Passage de la frontière et présence sur le territoire
de la Partie contractante requérante*

1) Afin de garantir l'efficacité nécessaire pour une assistance rapide, la Partie contractante requérante prend des mesures permettant d'accélérer le passage de la frontière des équipes de secours et experts, en conformité avec la législation et la réglementation nationales.

2) Les membres des équipes de secours et les experts traversent la frontière de la Partie contractante requérante avec un passeport valide, aux points de passage convenus par les Parties contractantes. La Partie contractante requérante informe l'autre Partie contractante en temps opportun du point de passage. Elle facilite la délivrance d'un visa d'entrée dans les meilleurs délais.

3) Il peut être demandé au chef d'une équipe de secours de présenter un document officiel attestant de sa qualité et de son affectation, ainsi que la liste des membres de l'équipe de secours et des experts, dans la langue officielle de la Partie contractante requérante ou en anglais.

4) Les membres des équipes de secours et les experts sont dispensés du permis de travail pour les activités d'assistance qu'ils mènent sur le territoire de l'autre Partie contractante.

5) Les membres d'une équipe de secours sont autorisés à porter l'uniforme sur le territoire de la Partie contractante requérante, pour autant qu'il fasse partie de leur tenue habituelle. L'équipe d'urgence de la Partie contractante requise peut utiliser ses propres marquages sur ses véhicules sur le territoire de la Partie contractante requérante.

*Article 6. Franchissement de la frontière du matériel
et des approvisionnements de secours*

1) L'importation d'équipements et de matériel de secours dans le territoire de l'État requérant et leur réexportation sont exemptées de taxes et droits et ne sont soumises à aucune interdiction ou limitation, conformément aux lois et règlements de la Partie contractante requérante.

2) À l'entrée sur le territoire de la Partie contractante requérante, le chef d'une équipe d'urgence ne présente à la police des frontières et aux autorités douanières qu'une liste des équipements et approvisionnements de secours apportés, dans la langue officielle de la Partie contractante requérante ou en anglais.

3) Les membres d'une équipe de secours et les experts ne peuvent apporter aucun produit autre que le matériel et les approvisionnements de secours. Les armes à feu et les munitions ne sont pas admises sur le territoire de la Partie contractante requérante.

4) Le passage de la frontière et la présence de chiens de recherche et de sauvetage sur le territoire de la Partie contractante requérante sont régis par la réglementation vétérinaire.

5) Les équipements qui ne sont pas utilisés ou qui sont détruits sont enlevés du territoire de la Partie contractante requérante.

6) Les dispositions du paragraphe 3 s'appliquent également à l'importation de stupéfiants et de substances psychotropes dans l'État requérant et au retour des quantités non utilisées dans l'État requis. Ce mouvement de produits n'est pas considéré comme une importation ou une exportation au sens des accords internationaux relatifs aux stupéfiants et aux substances psychotropes. Les stupéfiants et substances psychotropes ne doivent être apportés que pour des besoins médicaux urgents et ne peuvent être utilisés que par un personnel médical qualifié selon la législation de la Partie contractante dont l'équipe ou le membre de l'équipe de secours relève. Les stupéfiants et substances psychotropes utilisés sont comptés dans les statistiques de consommation de l'État requis.

7) Le dédouanement de marchandises et d'équipements importés par les équipes de secours suivent une procédure simplifiée. Le matériel effectivement utilisé est exonéré de taxes, droits de douane et autres redevances supplémentaires sur le territoire de la Partie requérante.

Article 7. Utilisation d'aéronefs

1) Sous réserve d'une autorisation de la Partie contractante requérante, les aéronefs destinés aux opérations de secours peuvent survoler le territoire de cette dernière vers la destination spécifiée, selon l'itinéraire confirmé. Les Parties contractantes s'engagent à permettre aux aéronefs d'atterrir et de décoller en dehors des aéroports.

2) L'utilisation d'aéronefs lors d'une opération de secours est portée sans délai à la connaissance des organismes compétents de contrôle du trafic aérien de la Partie contractante requérante et à ses points de contact visés au paragraphe 2 de l'article 3 du présent Accord, et ce, en faisant référence au présent Accord.

3) Sauf disposition contraire du présent Accord, les vols sont effectués conformément à la réglementation de l'aviation civile internationale et aux règles de circulation aérienne des Parties contractantes.

4) Le recours à des aéronefs militaires ne peut être permis que par la Partie contractante requérante.

Article 8. Coordination et contrôle global

1) Les autorités compétentes de la Partie contractante requérante sont chargées de la coordination et de la gestion des opérations de sauvetage.

2) Les instructions destinées aux équipes de secours de la Partie contractante requise sont transmises exclusivement à leurs chefs, qui règlent les détails d'exécution vis-à-vis du personnel qui leur est subordonné.

3) Les autorités compétentes de la Partie contractante requérante accordent, dans leur domaine de compétence, protection et assistance aux équipes de secours et aux experts de la Partie contractante requise.

Article 9. Coût des opérations

1) Aucun paiement n'est dû au titre de l'assistance à la Partie contractante requérante, à moins que les Parties contractantes n'en conviennent autrement. Cela vaut également pour les dépenses résultant de l'utilisation, de la détérioration ou de la perte du matériel.

2) La Partie contractante requise s'engage à accorder aux membres des équipes de secours et aux experts une assurance-vie et une assurance maladie conformément à sa législation.

3) Tout au long de leurs opérations sur le territoire de la Partie contractante requérante, les équipes de secours et les experts de la Partie contractante requise bénéficient, si nécessaire, d'interprètes, de moyens de transport et de soins médicaux à la charge de la Partie contractante requérante.

Article 10. Dommages-intérêts compensatoires

1) Chaque Partie contractante renonce à toute demande d'indemnisation à l'autre Partie contractante ou aux membres de ses équipes de secours et à ses experts en cas de :

a) Dommages matériels causés par les membres d'une équipe de secours et par les experts dans l'accomplissement de leur mission;

b) Dommages provenant d'une lésion corporelle, d'une atteinte à la santé ou du décès d'un secouriste dans l'accomplissement de sa mission.

Ces dispositions ne s'appliquent pas lorsque le dommage a été causé intentionnellement ou par négligence grave.

2) Si un dommage est causé à un tiers par un membre d'une équipe de secours ou un expert de la Partie contractante requise dans l'accomplissement de sa mission sur le territoire de la Partie contractante requérante, celle-ci répond de la réparation du dommage selon les dispositions qui s'appliqueraient au cas où ce dommage aurait été causé par un membre de ses propres équipes de secours ou un de ses experts.

3) L'État requérant renonce à toute prétention en dédommagement contre l'État requis ou l'un de ses secouristes. Toutefois, si un membre d'une équipe de secours de l'État requis cause intentionnellement ou par négligence un grave dommage à un tiers, l'État requérant peut alors faire valoir un droit de recours contre l'État requis.

4) Les Parties contractantes coopèrent étroitement afin de faciliter le règlement de recours en réparation d'un préjudice, conformément à leur législation interne. Elles échangent notamment toute information disponible concernant les événements entraînant un préjudice au sens du présent article.

Article 11. Moyens de télécommunication

Les autorités visées au paragraphe 1 de l'article 3 du présent Accord prennent conjointement toutes les mesures nécessaires pour faciliter les télécommunications, en particulier par radio, entre les autorités et les équipes de secours et experts déployés sur le site des opérations, entre les équipes de secours, et entre les équipes de secours déployées et les responsables des opérations.

Article 12. Autres formes de coopération

1) Les Parties contractantes coopèrent en conformité avec leur législation nationale pour prévenir les catastrophes naturelles ou technologiques et en atténuer les conséquences sous les formes suivantes :

- a) Échange d'informations scientifiques et techniques;
- b) Réunions d'experts;
- c) Programmes de recherche et de formation;
- d) Cours et exercices spéciaux consacrés aux opérations de secours sur le territoire des deux Parties contractantes.

2) La coopération doit également inclure l'échange d'informations concernant les dangers et les dégâts qui peuvent survenir et avoir des effets sur le territoire de l'autre Partie contractante.

3) Les dispositions du présent Accord s'appliquent, mutatis mutandis, à la coopération dans le domaine de la formation et des exercices conjoints, conformément au paragraphe 1 du présent article.

4) Les coûts de la coopération en matière de formation seront pris en charge comme suit :

a) La Partie contractante requise prend en charge les coûts du voyage aller et retour de ses ressortissants qui participent aux opérations de secours, ainsi que de leur rapatriement en cas de maladie ou de décès;

b) La Partie contractante hôte prend en charge les coûts de l'hébergement, de la nourriture et des soins médicaux d'urgence sur son territoire.

Article 13. Règlement des différends

Tout différend entre les Parties contractantes concernant l'application et l'interprétation des dispositions du présent Accord sera réglé par voie de consultation et de négociation.

Article 14. Relation avec d'autres accords internationaux

Le présent Accord n'a aucune incidence sur les droits et obligations des Parties contractantes découlant d'autres accords internationaux.

Article 15. Dispositions finales

1) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

2) Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui où les Parties contractantes se notifient mutuellement, par écrit et par la voie diplomatique, l'accomplissement de leurs procédures internes respectives à cet effet.

3) Chacune des Parties contractantes peut dénoncer le présent Accord à tout moment par notification écrite à l'autre Partie contractante. La dénonciation prend effet six mois à compter de la date de réception de la notification à l'autre Partie contractante.

4) Sauf disposition contraire des Parties contractantes, la dénonciation ne porte pas atteinte aux activités en cours au titre du présent Accord qui n'ont pas été achevées à la date à laquelle il cesse d'être en vigueur.

FAIT à Vienne, le 8 octobre 2012, en deux originaux, en langues moldave et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République d'Autriche :

JOHANNA MIKL-LEITNER

Pour le Gouvernement de la République de Moldova :

DORIN RECEAN